

Bayern Info



Mitteilungsblatt des Deutschen Freidenkerverbandes e. V. ♦ Landesverband Bayern Nr.03-2005

♦ Inhalt

Bericht von der Landesmitgliederversammlung	Seite 1
Impressum	Seite 9
Einbruch im Münchner Freidenker-Büro	Seite 9
Der Name der Rose - oder wie Päpste sich verrätseln von Prof. Dr. Dr. Hans Heinz Holz	Seite 9
Konterrevolutionäres Gipfeltreffen gegen Cuba und Venezuela...	Seite 13

❖ Bericht über die Landesmitgliederversammlung Bayern

■ Aus dem Protokoll

über die Landesmitgliederversammlung am 23. Juli 2005 im Gewerkschaftshaus Korn- markt 5-7, 90402 Nürnberg

Eberhard Schinck begrüßt alle Anwesenden.

Als neues Mitglied wird Birgit Ludwig aus Nürnberg aufgenommen.

Renate Popp übernimmt die Versammlungsleitung.

An der Landesmitgliederversammlung nimmt der Vorsitzende des Deutschen Freidenker-Verbandes Klaus Hartmann teil.

Im Tagesordnungspunkt 1 der Landesmitgliederversammlung referiert Klaus Hartmann über das Thema: Freidenker in der aktuellen Auseinandersetzung um gesellschaftlich-politische Aufklärung – gegen die Zerstörung der Vernunft.

Im gleichen Tagesordnungspunkt referiert Helmut Steuerwald zum Thema: Die Rolle der Religionen in der heutigen Politik.

Nach Abschluss der Aussprache konstituiert sich die Mitgliederversammlung als Berichtswahlversammlung.

Zum TOP 1. Konstituierung

Als Protokollführerin wird Karin Mittelstädt gewählt, für die Wahlkommission werden Gerda Fleddermann und Karl Knoeckel gewählt.

Die Genannten nehmen ihre Arbeit auf.

Die vorgelegte Geschäftsordnung wird von allen Anwesenden beschlossen und einstimmig angenommen.

Danach wird über die Wahlordnung entschieden. Eberhard Schinck stellt den Antrag, die Wahl in geheimer Form durchzuführen. Entsprechend der Wahlordnung wird so verfahren.

Zum TOP 2. Berichte

a) Der Landesvorsitzende Eberhard Schinck gibt den Bericht des Landesvorstandes (siehe Anlage).



b) Der Finanzbericht wird von der Kassiererin Brigitte Mayer vorgetragen.

c) Gudrun Scharf gibt den Bericht der Revision.

Zum TOP 3. Aussprache

Die Aussprache ergibt, dass es keine gegensätzlichen Auffassungen zu den Berichten gibt. Unmittelbar zu den Berichten werden keine Anträge gestellt. Der Revisionsbericht bestätigt die ordnungsgemäße Kassenführung. Es wird der Antrag gestellt, Vorstand und Kassiererin zu entlasten.

Der Beschluss hierzu zeigt Einstimmigkeit.

Zum TOP 4. Beschlussfassung über

a) Anträge zur Satzung

1. Der § 9 Abschnitt 2 wird wie folgt geändert:

„Die Landesmitgliederversammlung findet spätestens in Abständen von drei Jahren fristgerecht vor dem Verbandstag statt.“

Einstimmig angenommen.

2. Der § 10 Abschnitt 4 b wird wie folgt

geändert:

„der/dem/**den** stellvertretenden Landesvorsitzenden“

(der weitere Text bleibt unverändert).

Bei 1 Stimmenenthaltung angenommen.

b) sonstige Anträge

Der OV München beantragt zu beschließen, dass folgender Antrag vom LV Bayern an den nächsten Verbandstag gestellt wird:

„Der Freidenkerverband führt einen Sozialbeitrag in Höhe von 1,- € pro Jahr für Mitglieder mit geringem oder ohne Einkommen ein, soweit dies glaubhaft gemacht wurde gegenüber dem zuständigen Ortsverband (bzw. bei Mitgliedern ohne Ortsverbandszugehörigkeit dem Landesvorstand)“.

Mit 2 Stimmenenthaltungen angenommen.

Der Mitgliederversammlung liegt eine Resolution gegen das Faschistentreffen in Wunsiedl vor.

Einstimmig angenommen.

Sie wird dem Bürgermeister von Wunsiedl zugesandt und der jungen Welt.

Zum TOP 5. Wahlen

Eberhard Schinck teilt mit, dass der bisherige Vorstand statt einem Stellvertreter zwei Stellvertreter und statt sieben Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands acht für konkrete Aufgabengebiete vorschlägt.

Die Landesmitgliederversammlung wählt:

Landesvorsitzender Eberhard Schinck

Stellvertretende Landesvorsitzende:
Dieter Feuerstein und Corinna Poll

Kassiererin Brigitte Mayer

Schriftführerin Karin Mittelstädt

Beisitzer:

Jugendweihe André Schinck

Infoversand Helmut Menzel

Verbindung zu Nürnberg Renate Popp

Revision

Gudrun Scharf und Erika Angele

Als Delegierte zum Verbandstag werden gewählt:

Epple, Ulla; Feuerstein, Dieter; Fleddermann, Gerda; Kröll, Christiane, Ludwig, Birgit; Poll, Corinna; Schinck, André; Sylla, Albrecht

Ersatzdelegierte

Baumgärtner, Stefan; Grundmann, Peter, Popp, Renate; Schamberger, Doris; Vogler, Helmut; Wegener, Bernhard

Alle Anwesenden haben die Wahl angenommen.

Die Nichtanwesenden Helmut Menzel und Erika Angele haben vorher ihr Einverständnis bei einer Wiederwahl mitgeteilt.

Zum TOP 6. Schlusswort

Eberhard Schinck dankt allen Mitgliedern des Landesvorstandes für die Mitarbeit in der vergangenen Wahlperiode.

Dem auf eigenen Wunsch aus dem geschäftsführenden Vorstand ausscheidenden bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Karl Knoeckel wird für seine Mitarbeit gedankt und viel



Erfolg für seine weitere Arbeit an anderer Stelle im Freidenker-Verband gewünscht.

Der Bericht des Vorstands und der Finanzbericht lagen schriftlich vor und sind dem Originalprotokoll beigelegt.

Der Bericht der Revisoren liegt nicht schriftlich vor. Er wurde mündlich vorgetragen.

Für das Protokoll zeichnen:

Karin Mittelstädt – Schriftführerin

Renate Popp - Versammlungsleiterin

■ Auszüge aus dem Bericht des Landesvorstandes

Berichterstatter Eberhard Schinck, Landesvorsitzender

Der Berichtszeitraum umfasst die Zeit seit der Landeskonferenz am 9. November 2002 bis heute.

Der Landesverband Bayern hat auch in der vergangenen Wahlperiode durch die Aktivität seiner Gliederungen und seiner Mitglieder ein vielseitiges, aktives politisches Leben entwickelt. Er war an vielen Aktionen der politischen linken Kräfte in Bayern beteiligt. Ob in Aschaffenburg, in München, Nürnberg, Ingolstadt, Bamberg, Coburg oder anderswo waren Freidenker an Demonstrationen, Kundgebungen oder anderen politischen Aktionen gegen weiteren Sozialabbau besonders gegen Harz IV aktiv beteiligt. Protestresolutionen, Flugblätter bzw. Losungen wurden von Freidenkerinnen und Freidenkern mitgestaltet und verteilt.

Weltanschaulich-politische Diskussionen

In der Vorbereitungsphase des Irakkrieges ebenso wie nach Beginn des völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Überfalls auf den Irak waren unsere Gruppen und Mitglieder in der Reihe der Aktivisten gegen diesen Krieg. Unsere Mitwirkung in den mannigfaltigen Sozial- sowie Friedensbündnissen hat uns auch Ansehen verschafft, hat die Aktionen gestärkt und war in diesem Sinne erfolgreich, wenn auch der Kampf selbst nur relativ zum Erfolg führte.

In vielen Gesprächen haben wir solche Fragen unter uns selbst, aber auch mit den verschiedensten Gesprächspartnern diskutiert:

Was sind Inhalt, Zielstellung und Rechtfertigung des so genannten weltweiten Krieges gegen den internationalen Terrorismus? Wer sind die Angreifer und wer die Angegriffenen? Wer sind die Verteidiger in diesen Kriegen? Wer sind hier die urheberlichen Kriegsverbrecher?

Bombardierung, Aushungern, Säuberungsaktionen, gezielte Tötungen, das alles sind völkerrechtlich geächtete Kriegsverbrechen, die auch Personen bezogen abzustrafen sind und zwar mit den höchsten Strafen. Warum ist schon die Benennung dieser Kriegsverbrecher verboten? Wie lange noch genießen alle US-Kriegsverbrecher nicht nur den Schutz, sondern überhaupt ewige Verschönerung vor der internationalen Gerichtsbarkeit?

Weiter sind es auch solche Probleme, die wir in die Diskussion bringen, wie

Brandmarkungen von Nationen, Völkern und Staaten als Schurkenstaaten sind Hetze gegen den Weltfrieden.

Wer nicht für den US Überfall auf andere Staaten ist, der sei gegen Amerika, gegen Freiheit, der sei Antisemit und Nationalist. Das ist gänzlich unakzeptabel! Handelt es sich dabei nicht um faschistoide Züge eines ungezügelten Weltmachtstrebens?

Wer an die Stelle der Teilung der Welt in Reiche und Arme die Teilung in Gute und Böse setzt, betreibt gezielte Kriegshetze.

Wir treten überall der gezielten Panikmache vor Anschlägen angeblicher „islamischer Terroristen“ entgegen, die als demagogische und verlogene Begründung dafür erhalten muss, um gegen demokratische Grundrechte, durch die Einführung von Notstandsgesetzen und Verschärfung der Ausländerfeindlichkeit per Ideologie und Gesetz vorgehen zu können.

Wer keiner abendländischen christlichen Religion angehört ist zunächst verdächtig, kein Patriot zu sein und damit verdächtig, wenigstens Extremist zu sein. So ist er, sind wir nicht fern von einem zu überwachenden Subjekt im entstehenden Überwachungsstaat.

In unserer Arbeit kommt es sicher darauf an, solche Themen, die nicht nur sehr wichtig sind, sondern zu denen es viele Anfragen auch an



uns gibt, in intelligenter und gut wirksamer Form zu Themen unserer öffentlichen Veranstaltungen zu machen.

Es ist ja offensichtlich, dass diese Zusammenhänge und ihre tiefere Kausalität, mit dem grassierenden Sozialabbau von vielen Menschen noch nicht erkannt werden.

Kriegspläne verschlingen in ihrer Vorbereitung und Verwirklichung das Geld und die einfachen Leute wie ein Moloch.

Im Mai hatten wir eine Mitgliederumfrage an insgesamt 85 Freunde und Genossen aus dem Landesverband Bayern verschickt. Die Auswahl war zufällig. Fast alle waren aus dem Umfeld von München und nicht in Ortsgruppen erfasste Mitglieder. Die Fragen bezogen sich darauf, zu welchen inhaltlichen Themen die Mitglieder mehr Informationen möchten. Das bezog sich sowohl auf den Freidenker als auch auf das BayernInfo und generell auf unser Wirken. 21 Genossen haben die Fragen beantwortet. 2 Genossen haben in brieflicher ausführlicher Form geantwortet. Insgesamt haben sich also nicht ganz 1/4 der Befragten an der Umfrage beteiligt. Auch das ist sicherlich eine Aussage. Die Umfrage war anonym.

Zu den Inhalten:

28,6 % wünschen sich mehr Informationen zu Historischem

23,8 % zu Kulturfragen

42 % zu philosophischen Fragen

19 % zur Politik

33,3 % zu weltanschaulichen Fragen

23,8 % zum Antifaschismus

19 % zum Antikapitalismus

28,6 % zu Sozialismusfragen

28,6 % zu Menschenrechten

19 % zu Problemen der internationalen Befreiungsbewegung

38,1 % zur internationalen Arbeiterbewegung

An erster Stelle rangieren also die philosophischen Fragen. An zweiter Stelle die Fragen zur internationalen Arbeiterbewegung. Historisches, Sozialismus und Menschenrechte rangieren an dritter Stelle des Probleminteresses.

Mitgliederleben unserer Ortsgruppen

Das Mitgliederleben in unseren Ortsgruppen hat sich unterschiedlich entwickelt. Auch das Bild der Öffentlichkeitsarbeit ist sehr differenziert. Während in der Ortsgruppe München regelmäßig Veranstaltungen stattfinden, war dies leider in der Ortsgruppe Aschaffenburg und in Coburg nicht immer stabil.

Folgende Aktivitäten der Ortsgruppe München sind besonders hervorzuheben:

Wie in den letzten Jahren wurde wieder ein attraktives Programm angeboten, an dem sich in der Regel 10-15 Personen beteiligten.

Es umfasste Vorträge, Lesungen, eine Führung, eine Ausstellungseröffnung, Kinoabende, ein Seminar sowie die schon traditionelle Rosa-Luxemburg-Gedenkveranstaltung mit 60 TeilnehmerInnen im Januar. Höhepunkt war sicherlich die Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Bücherverbrennung, die im Gewerkschaftshaus stattfand und an der ca. 100 Menschen teilnahmen. Mitglieder der Ortsgruppe beteiligen sich am Ostermarsch, am 1. Mai, am Fest der Solidarität, am Streetlife-Festival und stellten einen Antrag zu einer Zusatzbeschilderung am Rosa-Luxemburg-Platz. Wahrscheinlich erfolgreich.

Ihr Programm stellten die Münchener Genossen unter folgendem Anspruch: hinterfragen, alles genau wissen wollen, hinlängen wo's weh tut ... so wurden zum Beispiel 5 ganz unterschiedliche Filme im Freidenkerkino bzw. beim Videobrunch gezeigt – Filme, die mehr woll(t)en als nur amüsieren.

In 4 Lesungen wurden weniger bekannte Dichter des „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ mit ihren Werken vorgestellt sowie vergessene und verbrannte Dichter.

Die alljährliche Rosa-Luxemburg-Gedenkveranstaltung wurde in diesem Jahr mit dem Film von Margaretha von Trotta abgerundet.

Heiner Jestrabek hielt einen Vortrag über unseren ermordeten Freidenker-Vorsitzenden Max Sievers.

Viele Mitglieder nahmen auch an der Befreiungsfeier der VVN am 8. Mai 2005 teil.

Einen interessanten Vortrag hielt Ingrid Marschall über das „Bauhaus in der Parkstadt Schwabing“.

Wichtige Veranstaltungen waren auch die zur EU-Verfassung.

Ein echtes Freidenkererlebnis war ein Tagesausflug nach Landshut und der Besuch der Ausstellung „Mythos Bayern“.



Gemeinsame Veranstaltungen fanden statt mit dem Bund für Geistesfreiheit, auf denen Franz Buggle zu dem Thema „Denn sie wissen nicht, was sie glauben“ und Michael Schmidt-Salomon zum Feuerbachsyndrom referierten. Im Freidenker-Zentrum in München fanden verschiedene Vernissagen statt. Bei den Bildern handelt es sich auch um Kunstwerke von Mitgliedern unseres Verbandes wie Waltraut Bücking und Babsi.

Der Ortsvorstand führt Mitgliedertreffen im Freidenker-Zentrum einfach zum Ratschen und Diskutieren durch.

Die Ortsgruppe Aschaffenburg verfügt über eine nicht so große Anzahl von Mitgliedern wie unsere Ortsgruppe München. Aber auch ihr ist eigen, dass sie bereits über lange Zeit ein reges Mitgliederleben geführt hat. Sehr viele anregende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum bis zum zeitweiligen Weggang von Albrecht Sylla durchgeführt.

An der Gedenktafel hinter der Sandkirche in Aschaffenburg fand eine Gedenkveranstaltung statt, die sich gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland richtete. Dr. Monika Schmittner hielt einen sehr interessanten Vortrag über die konkreten Erscheinungsformen der Machtergreifung der Faschisten in Aschaffenburg. Die Veranstaltung endete mit Rock und Hip-Hop gegen Rechts. Silvia Wolf-Möhn führte unter dem Thema „Das Rätsel Grünewald“ im Schloss Johannisburg durch die dortige Landesausstellung.

Eine sehr interessante Veranstaltung war die mit Reinhard Frankl zum Thema „Das Diktat des Dreigestirns Weltbank, Welthandelsorganisation und internationaler Währungsfonds“. Der Ortsverband führt gelegentlich bei Kurt Orschler in Aschaffenburg den so genannten runden Tisch durch, der offen ist für Gespräche über alles.

Das „Ende der spekulativen Geschichtsphilosophie – der historische Materialismus“ war eines der interessanten Themen der ständigen Philosophiereihe in Aschaffenburg.

Die Genossen berichten von einer sehr eindrucksvollen Veranstaltung mit der Schauspielerinnen Johanna Arndt. Sie trug Briefe und Reden von Rosa Luxemburg sowie Lieder nach Texten von Berthold Brecht und Kurt Tucholsky in der Vertonung von Hanns Eisler vor. Sie schrieben dazu: das Programm eröffnete uns einen neuen Blick auf die Politikerin und zeigte die überraschende Aktualität des Lebenswer-

kes von Rosa Luxemburg für unsere heutige Zeit.

Der Vorsitzende des Ortsverbandes Aschaffenburg Albrecht Sylla, der heute leider wegen einer gleichzeitig stattfindenden wichtigen Gewerkschaftskonferenz hier in Nürnberg an unserer Mitgliederversammlung nicht teilnehmen kann, hat dem Landesvorsitzenden in einem sorgenvollen Brief den jetzigen Zustand des Ortsverbandes mitgeteilt und darum gebeten, den Inhalt der Landesmitgliederversammlung zur Kenntnis zu geben. Albrecht war 1 Jahr zum Studium im Ausland. In diesem Zeitraum fanden zwei gut besuchte Veranstaltungen statt. Über lange Zeit haben keine weiteren Aktivitäten im Ortsverband stattgefunden. Nach seiner Rückkehr hat Albrecht am 25. 11. 2004 eine so genannte „Krisensitzung“ anberaumt.

Die Mitglieder wurden zuvor schriftlich nach ihren Interessen befragt. Eine Frage dabei war, ob der OV aufgelöst werden soll. Nur eine Genossin wollte die Auflösung. Viele Vorschläge für Aktivitäten wurden gemacht. Was die Bereitschaft angeht, Arbeit zu übernehmen, war noch vieles in der Diskussion. Wir werden also mit vorläufig etwas reduziertem Veranstaltungsprogramm weiterarbeiten – sagt Albrecht. Austritte hatten wir seit 2003 drei, Eintritte keine.

Am 4. April 2005 referierte der Vorsitzende zum Thema „Der Islam - seine Entstehung und Ausbreitung, eine Erfolgsgeschichte“.

Am 9. Mai 2005 referierte der Aschaffener Genosse Hilmar Schmitt zum Thema „Die europäische Aufklärung, Erbe der islamisch-jüdischen Kulturen“.

Die Ortsgruppe Coburg hat in der Vergangenheit eine sehr aktive Arbeit in der Öffentlichkeit geleistet. Markante Punkte ihrer Tätigkeit waren die Jugendweihe, ein gewisser punktueller Einfluss auf den Ethikunterricht, gemeinsame

Aktivitäten mit dem Bund für Geistesfreiheit z. B. zu den Themen „Trennung von Staat und Kirche“ usw.

Das Mitgliederleben selbst beschränkte sich auf bestimmte Höhepunkte wie Jahresabschlussfeier und ähnliches. Die Ortsgruppe legte aber großen Wert darauf, die Gemeinschaftsbeziehungen unter den Mitgliedern zu



entwickeln. Deshalb versuchte sie, an solche Traditionen anzuknüpfen wie Winter- und Sommersonnen-Wendfeiern.

Der Verbandsvorstand hat im April mit den Genossen in Coburg eine gemeinsame Sitzung durchgeführt. Die Coburger Ortsgruppe hatte die Sitzung sehr gut vorbereitet. Die anwesenden Freunde berichteten darüber, dass sie zu einigen interessanten Themen Informationen für die Mitglieder erarbeitet haben – so z. B. ein Faktenmaterial über den Holocaust und einen Rundbrief. Zurzeit wird eine gemeinsame Erlebniswanderung ausgetüftelt, um gerade die Erfahrungen der Ortsgruppe Coburg auf diesem Gebiet wieder neu zu beleben. Außerdem bestehen gemeinsame Aktivitäten und Beziehungen mit dem DFV-Landesverband Thüringen.

Wir mussten allerdings auch feststellen, dass die Möglichkeiten zur Ausweitung der Aktivitäten in Coburg zurzeit sehr eingeschränkt sind.

Die Coburger Genossen brauchen dringend Hilfe, um ihren Ortsverband wieder zu aktivieren und zu stabilisieren. Die meisten Mitglieder sind in einem hohen Lebensalter und nicht mehr in der Lage, selbst gesellschaftlich aktiv zu sein.

Unser Ortsverband Nürnberg, der eigentlich existieren könnte und sollte, ist auch in der Berichtswahlperiode bisher nicht auf die Beine gekommen. Zwar gibt es in Nürnberg und unmittelbarer Umgebung eine Anzahl von Freidenkern, die auch ihren Beitrag entrichten und regelmäßig mit Informationen versorgt werden, aber Mitgliederleben in Form einer Gruppe kam deshalb nicht zustande, weil alle Versuche, einen arbeitsfähigen Vorstand zu bilden, immer wieder scheiterten. Unserer Genossin Hanne List danken wir dafür, dass sie immer wieder durch organisatorische Arbeit, Kassierung, Informationsverteilung die Beziehungen zueinander aufrechterhalten hat.

Helmut Steuerwald, der in diesem Raum einer unserer aktivsten Freidenker ist, leistet eine unermüdliche Aufklärungsarbeit in unserem Sinne. Es schadet niemandem, dass er gleichzeitig Vertreter des Bundes für Geistesfreiheit ist. Auch ihm danken wir für seine hohe Wirksamkeit und Aktivität.

Jüngst zeigt sich aber ein Silberstreif am Himmel, zwei Mitglieder sind in Nürnberg in den Freidenkerverband neu eingetreten. Birgit

Ludwig, die heute Morgen Mitglied geworden ist, will mit Unterstützung anderer Freunde versuchen, die Lücke zu schließen. Sie schlug aus eigenem Interesse vor, die Initiative zur Gruppenbildung zu übernehmen. Wir würden uns sehr darüber freuen, wenn uns dies gemeinsam gelingen könnte.

Jugendfeier - Jugendweihe

Zur Jugendfeier- bzw. Jugendweihearbeit einige spezielle Bemerkungen.

Es gibt ganz offensichtlich mehr Interessenten als wir erreichen und einbeziehen können. Das ist natürlich sehr schade und verlangt vom Landesvorstand neue Überlegungen anzustellen. Im vergangenen Jahr konnten wir 5 Bewerber nicht vermitteln, weil wir im jeweiligen Umfeld keine Freidenker finden konnten. Weitere 2 Jugendliche konnten wir an die Ortsgruppe München weitervermitteln. Aus Nürnberg hörten wir ermunternde Aufforderungen zur Jugendweihearbeit aus Kreisen der VVN. Das werden wir aufgreifen. In Coburg gibt es seit einigen Jahren mit unserem Thüringer Landesverband Kooperationsbeziehungen. Wir sollten unsere Gedanken darüber austauschen, ob nicht auch Jugendweihen in ganz kleinem Kreis möglich sind, um diesen inhaltlichen Gedanken von Freidenkerarbeit überhaupt am Leben zu erhalten und schrittweise wieder auszubauen.

Im Ortsverband München gibt es mit der Jugendfeier seit Jahren eine sehr gute Arbeit, wenn sie auch aufwendig und manchmal für einzelne, wie z.B. Christiane, sehr anstrengend ist.

Zur Jugendfeier in diesem Jahr schrieb Christiane:

Unter dem Motto "Ändere die Welt, sie braucht es." begingen in München 12 Jugendliche mit rund 100 Gästen am Vorabend des "Tages der Befreiung" ihre Jugendfeier in der Gaststätte Weyprechthof.

In der Festrede hob Eva Bulling-Schröter, Landesvorsitzende der PDS Bayern und Freidenker-Mitglied, [Anmerkung: Inzwischen ist Eva Bulling-Schröder zum 2. mal in den Bundestag als Abgeordnete gewählt worden. Wir gratulieren Ihr herzlich zu diesem großartigen Erfolg!] u.a. die Bedeutung des 8. Mai und der Friedensfrage, die Verpflichtung jeder/s Einzelnen zum aufrechten Gang, zur Eigenver-



antwortung und zum Einsatz für eine menschlichere Gesellschaft hervor.

Dass bereits viele Ansätze in dieser Richtung vorhanden sind, zeigten die Beiträge der Jugendlichen. Bei der Jugendfeier wurden von den "Hauptakteuren", die während der gemeinsamen Zeit seit Anfang Februar gewonnenen Ergebnisse bzw. Erkenntnisse vorgebracht, in der anschließenden szenischen Darstellung zum "Sinn des Lebens" kamen dann vor allem Philosophen – dargestellt von den Jugendlichen - zu Wort. Bei den Vorbereitungstreffen war über die Themen "Krieg und Frieden", "Woher kommen Vorurteile/Feindbilder?", "Dritte Welt", "Meinungsmannipulation" und "Religion/Esoterik" sehr engagiert diskutiert worden.

Besonders beeindruckt war die Gruppe vom Besuch in der KZ-Gedenkstätte Dachau, wo die Jugendlichen, denen sich bei diesem Termin auch mehrere Eltern und Verwandte angeschlossen, von Ernst Grube geführt wurden. Als Zeitzeuge, ehemaliger Häftling des KZ Theresienstadt konnte Ernst Grube nicht nur Geschichte sondern vor allem ihren Bezug zur Gegenwart eindrucksvoll vermitteln.

Für die kulturelle Umrahmung der Feier sorgten Christl und Christof mit Musik von Vivaldi und Mozart sowie Oliver Ziegler, der lyrische Texte las und zur Gitarre sang.

Die Vorbereitungstreffen waren von André Schinck, Christiane Kröll und Karl Knoeckel durchgeführt worden.

Feuerbach-Symposium und weitere Konferenzen der Freidenker

In den Berichtszeitraum fiel auch der 200ste Geburtstag des großen Philosophen und Religionskritikers Ludwig Feuerbachs vom 28. Juli 1804.

DFV-Bundesverband, Landesverband Bayern und der Bund für Geistesfreiheit waren Einladender zu einem wissenschaftlichen Symposium in Nürnberg am 24. Juli 2004. Dieses sehr gut besuchte Symposium hinterließ bei den Beteiligten wie Interessenten einen nachhaltigen Eindruck.

Mit den Darlegungen der hochqualifizierten Referenten wurden wichtige Gedanken und Bausteine unserer wissenschaftlichen Weltanschauung zusammengetragen, die durch ihre Aktualität unserer weiteren Arbeit wichtige Impulse geben können.

Zurzeit befinden sich die Beiträge in der redaktionellen Bearbeitung und Gestaltung für eine buchhandelsfähige Publikation.

Ein spezifischer Beitrag des Landesverbandes Bayern für das Symposium war eine Ausstellung über Leben und Werk Ludwig Feuerbachs auf dem Hintergrund des Endes der klassischen deutschen Philosophie, der bürgerlichen revolutionären Bewegungen in Deutschland und dem Entstehen sowie der Ausweitung der organisierten deutschen Arbeiterbewegung. Auch dieser Beitrag fand gute Beachtung und Anerkennung.

Die Erfahrungen, die wir mit dem Feuerbach-Symposium gewonnen haben, haben wir mit der Ideologischen Konferenz in Berlin fortgesetzt. Das Thema „Aufklärung – contra Gehirnwäsche, Volksverdummung und Zerstörung der Vernunft“ war für Freidenker, aber auch für eine große Anzahl Sympathisanten von Interesse.

Die Konferenz war sehr gut besucht. Auch hier wird eine Publikation vorbereitet. Alle Referenten haben wesentliche Beiträge geleistet, die eine Verbreitung verdienen. Wir haben damit bereits im Freidenker begonnen.

Die junge Welt hatte diese Konferenz zum Anlass genommen, in Großaufmachung und weiteren Artikeln darüber zu berichten.

Wie auch das Feuerbach-Symposium, beweist diese Konferenz, dass wir in der Öffentlichkeitsarbeit dann vorankommen, wenn wir uns wirklich wichtigen Themen zuwenden und uns dabei mit den in großer Auswahl vorhandenen Gesellschaftswissenschaftlern, Philosophen, mit Praktikern und Theoretikern eng verbinden und auf hohe Qualität achten.

90 Jahre Ludwig Feuerbach-Heim in Neubiberg

Das 90jährige Jubiläum unseres Ludwig-Feuerbach-Heimes in Neubiberg am 11. Februar 2004 war besonders für uns Freidenker in Bayern und darüber hinaus ein bemerkenswertes und denkwürdiges Ereignis. Der Freidenker-Vorsitzende Klaus Hartman hat in seiner Ansprache an die Festversammlung eine klare politische Würdigung der Entwicklung des Feuerbachhauses vorgenommen. Über die verschiedenen und schwierigsten Klassenkampfabschnitte hinweg haben Freidenker genossen und linke Freigeister uneigennützig mit enormem Fleiß zielstrebig und zielbewusst in Neubiberg ein Werk geschaffen, das sich in jeder Hinsicht in seinen humanitären Leistungen



gen und in seiner humanistischen Philosophie alle Superlative verdient. Unsere Freidenker-Genossen, die in vielfältiger Weise heute für dieses Heim aktiv tätig sind, setzen dieses Werk erfolgreich fort. Dabei pflegen sie auch weiterhin das aktive politische Bündnis mit dem Bund für Geistesfreiheit, den Unitariern sowie der VVN/OdF.

60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Ein außerordentliches wichtiges politisches Ereignis auch für uns Freidenker war der 60. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus. So wie im ganzen Verband haben auch die Mitglieder unseres Landesverbandes auf den verschiedensten Ebenen und in verschiedensten Formen dabei eine wichtige Arbeit geleistet. In Anbetracht des Vormarsches der Rechten Kräfte – sowohl der Nazis als auch der Kräfte, die eine historische Verfälschung der wahren Geschichte über den Faschismus und seine Niederwerfung im Auge hatten. Sicher kann man nicht sagen, dass wir diese Absichten hätten verhindern können. Jedoch, wie selten zuvor, ist es den linken Kräften und so auch uns gelungen, sowohl durch den aktiven Kampf auf der Straße als auch durch die unzähligen Publikationen und das öffentliche Auftreten auch unserer Mitglieder, vielerorts Nachdenklichkeiten und sich bewusst werden über die gegenwärtigen Gefahren bewirkt zu haben.

Nicht zuletzt hat auch unser Freidenker-Heft zur Ermordung von Max Sievers Aufsehen erregt. Besonders die aktiven Antifaschisten haben sich in unserem Verband wieder stärker zu Wort gemeldet bzw. sich mit der Aufforderung an uns gewandt, gerade auf diesem Gebiet die Arbeit zu verstärken. Vielerorts haben sie ihre aktive Mithilfe zugesagt.

Wir werden noch in diesem Jahr – nämlich am 1. – 3. Oktober – in Potsdam und Berlin den Konsequenzen aus den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges einen speziellen politischen Rahmen geben.

Neben einer Begegnung von Freidenkern aus allen Landesverbänden in Potsdam werden wir eine wissenschaftliche Konferenz in Berlin-Pankow gemeinsam mit unseren Genossen der Landesverbände Brandenburg und Berlin und dem Bundesvorstand durchführen. Die

Themen werden vor allem der völkerrechtlichen Bedeutung, der Potsdamer Konferenz und der Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse gewidmet sein.

Zur Arbeit des Landesvorstandes

Abschließend einige Bemerkungen zur Arbeit des Landesvorstandes.

Der Landesvorstand hat sich nach seiner Wahl am 9.11.2002 personell im Wesentlichen nicht verändert. Nur Ingolf Wunderlich hat um seine Entlastung vorzeitig gebeten, da die berufliche Tätigkeit und die Wohnentfernung ihm eine weitere aktive Mitarbeit im Landesvorstand unmöglich machten.

Der Vorstand hat seine Sitzungen zweimal jährlich entsprechend der Satzung durchgeführt.

Der geschäftsführende Vorstand hat in kürzeren Abständen entsprechend der Notwendigkeit getagt.

Zu allen Sitzungen wurden entsprechende Protokolle angefertigt, die an alle gewählten Vorstandsmitglieder und die Revision verteilt wurden.

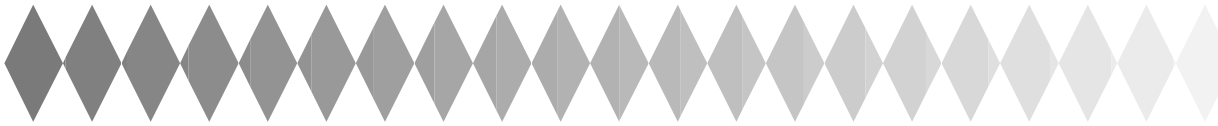
Die Vorstandsarbeit hat sich regelmäßig mit den Auswertungen der Bundesvorstandssitzungen beschäftigt, zum Gruppenleben Stellung genommen, Beschlüsse zu Finanzfragen gefasst und den Inhalt der Informationen im BayernInfo festgelegt. Das BayernInfo ist in regelmäßigen Abständen 4 x im Jahr in einer Auflagenhöhe von 450 Exemplaren herausgegeben worden.

Mehrfach hat sich der Vorstand mit dem Feuerbach-Jubiläum beschäftigt und dem 60. Jahrestag der Befreiung.

Der Kontakt zu den Ortsgruppen fand noch keine befriedigende Lösung. Die Aufteilung der Aufgaben zur Betreuung der Ortsgruppen durch Mitglieder des Landesvorstands hat sich nicht bewährt und muss neu geregelt werden.

Die Kassiererin hat ständig dem Vorstand über die Finanzsituation berichtet.

Die Schriftführerin hat ihre Arbeit regelmäßig und ordentlich durchgeführt.



Im Laufe des 1. Halbjahres konnten fünf Mitglieder durch den Landesvorstand neu aufgenommen werden. Zurzeit sind 2 Anträge angekündigt. Die Unterlagen wurden jetzt versandt, sind aber noch nicht eingegangen.

■ **Auszüge aus dem Finanzbericht**

Berichterstatterin Brigitte Mayer
(Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr)
Hier **2003 und 2004**

Einnahmen:	21.826,48 €
Ausgaben:	22.187,49 €
Davon für:	
Beitragsabführung an Bund	13.800,33 €
Abgaben an OV München	3.362,70 €
Öffentlichkeitsarbeit	1.761,30 €
Reisekosten	471,25 €
Versand, Porto, Zusatzhefte	1.973,25 €
Geschäftskosten	370,40 €
Sonstiges	448,26 €

schlossenen Schreibtisch, in dem sich auch die Kassetten mit Bargeld - rund 250 Euro - befanden. Insofern: Glück im Unglück - ein demolierter Computer, ausgeräumte Schränke, zerbrochene Fenster ... hätten einen noch größeren Schaden bedeutet. Dennoch ist für den Ortsverband München die finanzielle Situation - bislang schon angespannt - durch den Verlust von 250 Euro nun noch unerfreulicher, ein neuer Schreibtisch muss angeschafft werden.

Wir bitten deshalb Mitglieder, die es sich leisten können, um eine Spende - Spendenquittungen können natürlich auf Wunsch ausgestellt werden - auf das folgende Konto: Deutscher Freidenkerverband, Ortsverband München,
Kontonummer: 1483329-806, BLZ: 700 100 80
Postbank München

V.i.S.d.P. Eberhard Schinck, München.
Das BayernInfo ist ein Forum für linke und freidenkerische Diskussion und Information. Zuschriften sind deshalb unbedingt erwünscht.
Redaktionsanschrift: Bayern-Info, c/o. Eberhard Schinck, Albrecht-Dürer-Str. 23, 85579 Neubiberg
Tel. 089 / 600 86 810
email: e.schinck@freidenker.de
Konto des LV Bayern: Nr. 45101482 bei der Stadtsparkasse München (BLZ 701 500 00)
URL www.bayern.freidenker.org

❖ **Wir dokumentieren aus junge Welt 13./14. August 2005, Nr. 188**

Der Name der Rose

Oder wie Päpste sich verrätseln

von Prof. Dr. Dr. Hans Heinz Holz, Schweiz

Am 9. Oktober 1958 starb Pius XII., der religiöspolitisch reaktionärste Papst des 20. Jahrhunderts. Weltpolitisch war er von der Idee des Kreuzzugs gegen den Kommunismus besessen. Auf der Höhe seines Wirkens hatte er die Auffassung verkündet, die Menschen möchten lieber in einem Atomkrieg zugrunde gehen und ihre Seele retten, als dem Kommunismus anheimfallen. Sein Rigorismus stürzte die katholische Kirche in eine tiefe Krise.

Überraschend wurde am 28. Oktober 1958 ein Außenseiter, der Patriarch von Venedig, Giuseppe Roncalli, zum neuen Papst gewählt – ein populärer Seelsorger, im diplomatischen Dienst der Kirche erfahren und zugleich ein gelehrter Kirchenhistoriker. Er nannte sich Johannes XXIII.

❖ **Einbruch in Münchner Freidenkerbüro**

In der zweiten Wies'nwoche wurde in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag im Büro- und Veranstaltungsraum der Münchner Freidenker eingebrochen. Offensichtlich ging es dem oder den Tätern dabei ausschließlich um Bargeld (zur Verlängerung des Wies'nbesuchs?!), zerstört oder beschädigt wurde nichts außer dem abge-



Ein Skandalon! Der Name war 500 Jahre lang tabu. Es gab schon einmal einen Johannes XXIII., von 1410–1415, der wegen Lasterhaftigkeit vom Konzil zu Konstanz seines Amtes enthoben wurde. Die Erinnerung an ihn als einen unheiligen Gegenpapst ist aus der kirchlichen Chronik getilgt, er gilt nicht in der Reihe der Ordinalzahlen, darum konnte Roncalli seinen Namen übernehmen, als habe es ihn nicht gegeben.

Päpste wählen, wie man weiß, ihre Namen als Programm. Der Hinweis auf die Vorgänger, an die sie anknüpfen, ist eine Art Regierungserklärung. Warum entschied sich Roncalli für den verfeimten Namen?

Notwendige Erinnerung

Wir müssen weit zurückgreifen. 1277 erließ der Bischof von Paris, Stephan Tempier, auf ausdrücklichen Wunsch des Papstes ein Verdammungsdekret gegen philosophische Lehren, die als häretisch erklärt wurden. Es richtete sich gegen den Einfluss der Aristoteles, Avicenna, Averrös, an denen sich eine aufkommende weltliche Wissenschaft orientierte. Zu den verurteilten Thesen gehörten wichtige Lehrsätze aus den Schriften eines Dominikaner-Dozenten der Pariser Universität. Der hatte in drei Traktaten über das Sein und das Wesen, über die Natur der Materie und über die Prinzipien der Natur (modern gesprochen) die Theologie in Ontologie transformiert, die Materialität der Welt festgehalten und die Natur aus ihren Bewegungsformen erklärt. So wollte er den Glauben mit der Philosophie kompatibel machen.

Von der Universität abberufen, schlug jener Kleriker in seinen weiteren Schriften einen moderateren Kurs ein. Sein radikalerer Kampfgefährte, Siger von Brabant – von dem er sich später getrennt hatte –, wurde 1284 von seinem Sekretär, vermutlich im Auftrage des Papstes, erstochen.

Der inkriminierte Denker von 1277 war Thomas von Aquin. Er hat seine Verurteilung nicht mehr erlebt – drei Jahre zuvor war er schon gestorben. 1323, ein halbes Jahrhundert später, wurde er heilig gesprochen. Als doctor angelicus ist er bis heute das weltanschauliche Rückgrat der katholischen Glaubenslehre. Seine Kanonisierung erlaubte es, den Modernisierungsschub der Gesellschaft des 13. Jahrhunderts aufzufangen und wieder in konservative Bahnen zurückzulenken. Der ihn heilig sprach, war Papst Johannes XXII.

Reform und Reaktion

Jetzt wird die Namenswahl von 1958 verständlich. Nicht um den Sündenpapst von 1410, sondern um den Ideologiepolitiker von 1323 ging es. Durch Zugeständnisse an Reformbedürfnisse eine Krise zu überwinden und die Grundlagen des Systems zu stabilisieren – das war das Programm des dreiundzwanzigsten Johannes wie das des zweiundzwanzigsten. Roncalli wurde der Konzilpapst, der den Boden dafür bereitete, dass sein Nachfolger, Paul VI., die alten Strukturen neu festigen konnte. Das war die langfristige Funktion des Konzils, nicht die "Fortschritte", die schnell wieder eingedämmt wurden. Die katholische Kirche kann sich systemerhaltend Reformen leisten, aber sie widersteht jeder grundsätzlichen Veränderung ihrer Herrschaftsform. Das war schon so, als die Waldenser ausgerottet wurden, als der Franziskanerorden gezähmt, und als Johannes Hus verbrannt wurde. Das traf die Reformatoren von Wiclif bis Luther, die Arbeiterpriester in Frankreich in den fünfziger Jahren, die südamerikanische Befreiungstheologie. Wer hofft, ein Papst könne "fortschrittlich" sein, täuscht sich über die Verfassung der Institution Kirche.

Bis heute herrscht unter Reformtheologen, sowohl katholischen wie protestantischen, ein Missverständnis über die Rolle Roncallis und des Zweiten Vatikanischen Konzils. Es gab während der ganzen Kirchengeschichte Anpassungen an sich wandelnde Zeitumstände; aber sie wurden immer in der Absicht vorgenommen, sie baldmöglichst wieder in die überkommenen Bahnen zurückzulenken. Auf die Erschütterungen im 13. Jahrhundert, die Johannes XXII. auszubalancieren versuchte, folgte die Kurienreform, die eine Zentralisierung und Stärkung der Kirchenhierarchie zum Ziele hatte. Und die oppositionellen Franziskaner, William von Occam und Marsilius von Padua, die an den Hof des Kaisers geflüchtet waren, wurden damals so wirkungslos gemacht, wie heute Leonardo Boff und Bischof Heider Camara. Der Papstname Johannes XXIII. bedeutete nicht nur das Reformprogramm des Konzils, sondern auch die Perspektiven der darauf folgenden Reaktion.

Und nun Benedikt. Wieder ein Name, den niemand erwarten mochte. Woran knüpft Joseph Ratzinger an? Er war der Kardinal, der Wojtila als Papst durchsetzte und die deutsche Ostpolitik mit der expansiven Mission der römischen Kirche im Bereich des orthodoxen



Ostchristentums verknüpfte. Als Präfekt der Glaubenskongregation stand er hinter den kirchen- und religionspolitischen Entscheiden und Verlautbarungen von Johannes Paul II., eine graue Eminenz im Vatikan.

Die Kommunistische Arbeiterzeitung – KAZ hat in ihrer Juni-Nummer eine ausführliche Hintergrundanalyse der Herkunftslinien Ratzingers vorgenommen. Sein Aufstieg vollzog sich unter dem mit den Nazis verquickten Münchner Kardinal Faulhaber und also in der Tradition der Pacelli-Nuntiatur, das heißt des späteren Papstes Pius XII. Ratzinger bereitete die Seligsprechung des letzten Habsburger Kaisers Karl durch Wojtila vor, jetzt plant er die außerordentliche Heiligsprechung von Wojtila unter Umgehung des kirchenrechtlichen Verfahrens. All dies, so folgert die KAZ, führe zurück auf Benedikt XV. und charakterisiere die Namenswahl.

Wer war Benedikt XV.?

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs gewählt, amtierte er bis 1922. Eine halbherzige Friedensinitiative 1915 blieb unbeachtet, eine zweite 1917, die aus Sorge um die Sicherung der katholischen Einflussgebiete in Osteuropa, insbesondere Polen und Österreich-Ungarn, hervorging, scheiterte am Widerstand der Großmächte. Benedikt XV. war ein glückloser Politiker, ein bedeutungsloser Kirchenfürst. Keine Vorbildfigur, sollte man meinen, auf die hin ein zielstrebig und erfolgreicher Strategie wie Ratzinger sich orientieren würde. Dass Benedikt XV. in die Vorgeschichte des Klerikalschismus gehört – von Ungarns Horthy bis zu Spaniens Franco –, reicht für eine solche Namenswahl nicht aus, um Ratzingers Programmatik zu kennzeichnen; auch wenn dieser stets ein Förderer des Opus Dei war und sich also in diese Linie einreicht. Das wäre doch eher zu tarnen als offenzulegen. So ist das Material der KAZ aufschlussreich, beleuchtet aber im wesentlichen den Gegenwartsaspekt. Dahinter gibt es noch eine zweite Bedeutungsschicht, aus der der Name Benedikt aufsteigt.

Gehen wir also weiter zurück ins 18. Jahrhundert! Benedikt XIV. (1675–1758) ist wohl kaum ein Programmname, der infrage käme. Ein Papst der Aufklärung, tolerant gegen die sonst verfolgten Jansenisten, kritisch gegenüber den Jesuiten, die damals die Träger einer aggressiven

katholischen Politik waren und zumeist die Beichtväter der Könige und Fürsten stellten. Benedikt XIV. wurde von dem religiös indifferenten protestantischen Preußenkönig Friedrich II. geschätzt, eben wegen seiner aufgeschlossenen Haltung gegenüber der Aufklärung. Das ist kein Vorgänger für Ratzinger, der wörtlich erklärte: "Für den christlichen Glauben ist der Teufel eine mysteriöse, aber reale, personale und nicht symbolische Erscheinung". Wer solche Sätze sagt und schreibt, der wendet sich nicht zurück zum modern-rationalen Theologieprofessor, der er einmal in jungen Jahren war; dem geht es eher um Kirchenpolitik, die sich in Ländern festigen will, in denen unter den Christen noch animistische und dämonistische Vorstellungen verbreitet sind, wenn schon der Einfluss der Kirche in den modernen Industriestaaten zurückgeht.

Gewiss war Ratzinger flexibel genug, sich mit dem Diskurs-Philosophen Jürgen Habermas auf eine Diskussion einzulassen. Allerdings blieben beider Vernunftbegriffe doch weit voneinander entfernt. Die Kirche hat eh und je die Wahrheit nicht durch menschliches prüfendes Denken, sondern durch Unterwerfung unter ein göttlich legitimes Wort – sei es die Offenbarung oder die Unfehlbarkeit päpstlicher Verkündigungen – beansprucht. Die verzweifelten Philosophen des 13. Jahrhunderts flüchteten sich in das Paradox der doppelten Wahrheit, die wissenschaftliche Richtigkeit und Offenbarungsglauben einander widersprechend zugleich nebeneinander gelten lässt. Das ist aber ein weder philosophisch noch theologisch akzeptabler Ausweg.

So leicht, wie bei Johannes XXII. scheint es nicht, den Code Benedikts zu entschlüsseln. Den ersten sechs Trägern dieses Namens war nur eine extrem kurze Amtsdauer beschieden. Sie starben alle kurze Zeit nach ihrer Wahl, was der achtundsiebzigjährige Ratzinger wohl kaum als Omen beschwören möchte. Mit dem sechsten bis elften Benedikt waren jeweils Wirren und Streitigkeiten in der Kirche verbunden, der neunte und zehnte wurden sogar abgesetzt. Wahrlich, eine seltsame Ahnengalerie hat sich Joseph Ratzinger ausgesucht!

Doch es kommt noch verwirrender. Die Namen Benedikt XIII. und XIV. tauchen jeweils gleich zweimal im Papstregister auf. Sie tauchten erstmals während der Kirchenspaltung (Schisma) nach 1378 zwischen Avignon und Rom als die Prätendenten der avignonesi-



schen Partei auf, weshalb sie in römischer Tradition als illegitime Gegenpäpste gelten. Der andere dreizehnte war bereits altersschwach, weltfremd und kompromissbereit bis zur Schwäche. Die Geschäfte überließ er weitgehend dem skrupellosen Kardinal Nicola Coscia.

Endlich auf richtiger Fährte ?

Nach dieser Schnitzeljagd durch die Papstgeschichte bleibt eine Periode, die wir nur umkreist haben: die Jahre zwischen 1309 und dem Konzil von Konstanz (1414–1418), als zunächst die Päpste in Avignon residierten und nach 1378 durch die Wahl zweier Päpste in Avignon und Rom die Kirche gespalten wurde. In diese Zeit gehören vor dem Schisma Benedikt XII. (1334–1342) und Benedikt der XIII. (1394–1417) während des Schismas.

Jetzt rundet sich die Geschichte! Benedikt XII. war der Nachfolger jenes Johannes XXII., dessen Strategie wir bei Roncalli wieder aufgenommen fanden. Und er lenkte die Politik des scheinbaren Ausgleichs mit den Modernisten des 13. Jahrhunderts – wie Thomas von Aquin – wieder zurück in die inquisitorische Härte der vorhergehenden Zeit. Unter ihm wurde die Verfolgung der Häretiker und die Unterdrückung von abweichenden Lehrmeinungen verschärft. Er setzte die von Johannes eingeleitete Kurienreform fort, die den päpstlichen Hofstaat in eine bürokratisierte Verwaltungsmaschinerie verwandelte. Das war die Voraussetzung für eine Zentralisierung der Kirchenleitung, die den globalen Herrschaftsanspruch des Papstes, der zum ersten Mal 1302 in der Bulle "Unam Sanctam" erhoben wurde, durchzusetzen in der Lage sein sollte. Zugleich bedeutete das auch einen erweiterten Zugriff der Kurie auf die Einnahmen der Kirche an ihren lokalen Standorten. Das Papsttum wurde unter ihm zu einer ! führenden Finanzmacht. Er war zugleich ein intellektueller Theologe und ein politisch rücksichtsloser Autokrat.

Hier, in der Reihe der avignonesischen Päpste von Johannes XXII. bis zu Benedikt XIII., finden wir den eigentlichen Anknüpfungspunkt für Joseph Ratzinger. Dass Benedikt XII. der unmittelbare Nachfolger Johannes XXII. war und dessen machtpolitisches Programm der Stärkung der Kurie weiterführte, ist sozusagen die Vorbildsituation für heute. Ratzinger kann sich als Nachfolger von Roncalli verstehen, wenn er die Funktion des Zweiten Vatikanischen

Konzils (1962–1965) und die des Konzils von Avignon (1323–1326) vergleicht. Genau das bedeutet aber, dass die Erwartungen, die in den Geist des 2. Vaticanum gesetzt wurden, sich als trügerisch erweisen und letzte noch bestehende Illusionen ökumenischer Idealisten zerstieben.

Ratzinger galt in den sechziger Jahren als ein Theologe, der den Reformbestrebungen des Konzils gemäßigt positiv gegenüberstand. Sein Biograph John L. Allen, als Korrespondent des amerikanischen National Catholic Reporter beim Vatikan ein Intimkenner der römischen Szene, spricht von einer Veränderung, die sich in Ratzinger später vollzogen habe, und führt dafür Äußerungen an, die dieser auf dem Konzil oder im Konzilskommentar des liberalen Theologen Vorgrimler getan habe. Hier liegt, glaube ich, ein Missverständnis vor.

Als Präfekt der Glaubenskongregation wie heute als Papst hat Ratzinger stets die Gehorsamspflicht des katholischen Geistlichen gegenüber den kirchlichen Oberen und in letzter Instanz gegenüber dem Papst in den Mittelpunkt der Glaubensfestigkeit gestellt. Als junger (damals fünfunddreißigjähriger) Berater des Erzbischofs von Köln, Kardinal Frings, war es für ihn selbstverständlich, offiziell die vom Konzil eingeschlagene Linie zu vertreten; ob er innerlich davon abwich, durfte er nach seinem eigenen Selbstverständnis nicht kundtun. Seine öffentlichen Äußerungen sind durch die Gehorsamspflicht bestimmt und kein sicheres Zeugnis für seine eigene Einstellung.

Wohl aber kann man schon während der Beratungen auf dem Konzil, da, wo er an der Ausarbeitung von Dokumenten mitwirkte, eine Tendenz zu rigorosem Konservatismus bemerken. Im Missionsschema setzte er sich für eine expansive, aggressive Einwirkung in fremde Religions- und Kulturbereiche ein. In der Erklärung zur Religionsfreiheit sorgte er dafür, dass diese nur als eine politische Garantie gegen staatlichen Zwang zu verstehen sei (was ja an vielen Orten auch der katholischen Kirche zugute kommt), nicht aber den institutionellen Anspruch der katholischen Kirche berühre, der einzige Weg zur Erlösung zu sein. Das deckt sich mit der fast dreißig Jahre später autoritativ getroffenen Feststellung vor der asiatischen Bischofskonferenz in Hongkong 1993: Die wirkliche Armut der Menschen sei die Dunkelheit über die Wahrheit, und die eine und einzige Wahrheit bestehe im Glauben an die Unverrückbarkeit der christlichen Offenbarung. In Asien werden sich Hunderte



fenbarung. In Asien werden sich Hunderte von Millionen hungernder Armer gefragt haben, wie das offenbarte Wort sie wohl satt machen werde; und Leonardo Boff, der Befreiungstheologe, ist ihnen näher, wenn er sagt, dass Jesus sich nicht nur um das geistliche, sondern auch um das leibliche Wohl der Menschen gesorgt habe. Boff aber ist für Ratzinger der Erzfeind, den er seit dreißig Jahren mit den Mitteln der Lehrautorität und der Kirchen disziplin bekämpft hat.

Was bleibt, sind die Namen

Ratzingers Wirken als Präfekt der Glaubenskongregation, als der Steuermann hinter Wojtila, der schon seit langem den Kurs des Vatikan bestimmt, ist bekannt. Er ist der Eiferer gegen selbständig denkende Köpfe, ob sie freimütige Theologieprofessoren, sozial engagierte Bischöfe oder der General des Jesuitenordens sind. Im äußeren Umgang lebenswürdig und konziliant, ist er in Sachentscheidungen hart und unerbittlich. Ihm eigen (anders als dem eher einfältigen Wojtila) theoretische Konsequenz und Scharfsinn; doch steht seine Gelehrsamkeit im Dienste eines Machtstrebens, das Religion in Politik umsetzt. Dazu bedarf es einer disziplinierten Organisation, und auf die Organisationsdisziplin der katholischen Gemeinschaft der Gläubigen achtet Ratzinger penibel. Sein joviales Auftreten täuscht; ein Velasquez würde den Großinquisitor anders gemalt haben, als ihn die Fernsehkameras präsentieren

Das Verwirrspiel mit dem Namen Benedikt lichtet sich. Vor 700 Jahren gab es eine kirchengeschichtliche Ausnahmesituation. Die Kaisermacht, die neben und zeitweilig über der Macht des Papstes stand, war nach dem Tod des Staufers Friedrich II. 1250 zusammengebrochen. Die sich neu formierenden Nationalstaaten, allen voran Frankreich, hatten sich noch nicht konsolidiert. Die Feudalgesellschaft war im Umbruch. Die Städte wurden zu Zentren der frühkapitalistischen Produktion und des Reichtums des Handelskapitals. Die Neuordnung der Lebensverhältnisse war erst in Gärung. Der "Herbst des Mittelalters" (Huizinga) war angebrochen.

In diesem Augenblick nutzten die Päpste die Gelegenheit zum Machtzuwachs der Kirche. Ihre Modernität war die zentrale Leitungsstruktur, die sie der Kirche gaben, und die Fiskalverwaltung – der Griff nach Macht und Geld. Ihr Traditionalismus war das Festhalten an ei-

ner religiös legitimierten Herrschaftsideologie, die sich auch absurder Irrationalismen bediente. Ratzingers Wort von der personalen Gestalt des Teufels hätte auch damals gesprochen sein können.

Es waren die Päpste Johannes XXII. und Benedikt XII. und XIII., die diesen machtpolitischen Schritt der Kirche in die frühe Neuzeit unter dem Vorzeichen eines strengen Konservatismus vollzogen. Sie waren starke, zielstrebige Kirchenfürsten, auf die sich spätere gerne berufen mögen. Doch die Sukzession ihrer Namen ist durch die Entgleisungen ihrer Nachfolger unterbrochen und belastet. Dass sie in der weltgeschichtlichen Krise der Gegenwart erneuert werden, hat Signalcharakter. Johannes bedeutet: die Abkehr von der Kirche muss aufgefangen werden. Benedikt heißt: die Restauration setzt sich durch.

Wie schließt Umberto Eco seinen Roman, der am Vorabend des Konzils zu Avignon spielt? "Die Rose von einst besteht nur noch in ihrem Namen, uns bleiben nichts als Namen". Johannes, Benedikt, wiederkehrend.

Den Artikel finden Sie unter:
<http://www.jungewelt.de/2005/08-13/005.php>

(c) Junge Welt 2005

<http://www.jungewelt.de>

❖ **Ein neues Gipfeltreffen gegen Cuba und Venezuela fand am 13. und 14. Oktober 2005 in Tallin(Estland) statt.**

Wir entnehmen einem Artikel der Zeitschrift Rebellion, den Renate Fausten von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba schrieb, die Darstellung von einigen Fakten und Zusammenhängen dazu.

In der Hauptstadt Estlands, in Tallin, fand am 13. und 14. Oktober besagtes Treffen mit dem erklärten Ziel statt, „die Menschenrechtsverletzungen in Cuba und Venezuela zu analysieren und international Mechanismen zu suchen, um Druck gegen die Regierungen von Chávez und Castro auszuüben“.

Im Vorfeld wurden die eingeladenen Damen Madeleine Albright, ehemalige US-Außenministerin und die ehemalige US-UNO-



Vertreterin Jeane J. Kirkpatrick gefragt, warum sie nicht von Präsident Bush den Schutz von Schwarzen, Latinos gefordert haben und ihn nicht für den Tod von Gefangenen und Alten verantwortlich gemacht haben, die in New Orleans kläglich ihrem Schicksal überlassen wurden und ertranken. Und wenn sie sich schon um Cuba solche Gedanken machen, warum sie fortwährend angesichts der andauernden Menschenrechtsverletzung auf der US-Marinebasis auf Guantánamo schweigen. Und, was Venezuela betrifft, warum sie nicht den Pastor Paul Robertson verurteilen, der in der Fernsehsendung „The 700 Club“ offen zum Mord am venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez aufgerufen hatte.

Die unverfrorene Einmischung in die inneren Angelegenheit dieser Länder fand zur selben Zeit statt, da die Vereinigten Staaten Napalm über wehrlose Städte im Irak werfen.

Das Treffen wurde von der CIA, dem US-Außenministerium, der FNCA, der Partido Popular aus Spanien und der Partei Accion Nacional aus Mexiko und nahe stehenden europäischen Organisationen finanziert.

Carlos González, ein Mann mit engen Verbindungen zum ehemaligen Geheimdienst von Augusto Pinochet hat erklärt, dass Parlamentarier aus Estland, Lettland, Litauen, Schweden und Polen sowie Vertreter der Außenministerien der betreffenden Länder zu den Ausrichtern gehören würden.

Auf der Liste der Eingeladenen erschienen unter anderem: José Maria Aznar, Mario Vargas Llosa, Jorge Castañeda, Enrique Kauze, die Cubaner Carlos Alberto Montaner und Raul Rivero, der Pole Adam Michnick, Elena Bonner, die Ex-Präsidenten von Uruguay, Costa Rica und El Salvador und die Ex-Präsidentin Panamas Mireya Moscoso. Hier sollte daran erinnert werden, dass es diese Dame war, die die vier Terroristen freiließ, die vorhatten, Fidel Castro mitsamt der Studentenschaft Panamas bei dessen Rede an der Universität in die Luft zu jagen. Unter den vier Terroristen befand sich auch Luis Posada Carriles, der sich dazu bekannt hat, ein cubanisches Passagierflugzeug mit allen Insassen in der Luft zur Explosion gebracht zu haben.

Ebenfalls waren Teilnehmer der ehemalige bulgarische Premierminister Dimitrov, der slowakische Parlamentspräsident Hrusovsk, der ehemalige tschechische Präsident Vaclav Havel und der ehemalige Premierminister Est-

lands, Mart Laard. Dazu gesellten sich diverse Chávez Oppositionelle und Mitgliedern der cubanischen Dissidenz.

Der Autor des Artikels hat beim Versuch sich Informationen zu diesem Treffen aus dem Internet zu beschaffen, folgendes herausgefunden: Der mexikanische Journalist Héctor Delgado hat in der Zeitung Unomasuno veröffentlicht, dass Mexiko seit 46 Jahren Opfer des Terrorismus gewesen sei, der von ehemaligen Cubanern ausging, die von der US-Regierung geschützt und subventioniert worden seien. „Besonders schlimm waren dabei Luis Posada Carriles und sein Kumpan Orlando Bosch. Grob gerechnet können ihnen 63 terroristische Aktionen im Inneren Mexikos zugerechnet werden...“ heißt es bei Héctor Delgado. Außerdem konnte er feststellen, dass der Abgeordnete Jesus Martinez Alvarez im mexikanischen Parlament eine Entschließung vorlegte, die einstimmig angenommen wurde und in der es heißt: „... wir fordern vom Innenminister, in Bezug auf Abschnitt I und II des Artikels 5 des Gesetzes zur Nationalen Sicherheit, dass eine Untersuchung über die Fundación Nacional Cubano-Americana (FNCA) (CANF in englischer Abkürzung) wegen anticubanischer Aktivitäten derselben innerhalb des Territoriums der Vereinigten Staaten von Mexiko durchgeführt werden soll...“

Wichtige Abgeordnete signalisierten, dass man die unheilvolle Geschichte dieser Organisation verbreiten und bekannt machen müsse. Diese geht deutlich aus dem freigegebenen FBI Dokument mit der Nummer 105-8280-190 hervor, wo mit Datum vom 1 Juli 1965 eine Chronik der Terrorakte des Gründers dieser Organisation und Hauptarbeitgebers von Luis Posada Carriles und Orlando Bosch aufgelistet ist.

Hier fragt der Autor des Artikels sich, ob die schwedischen, polnischen, estischen, litauischen und lettischen Parlamentarier, die Akteure zu diesem Gipfel waren, über die Vorgeschichte informiert sind. Man könne nicht glauben, dass sie den Bericht des Sonderberichterstatters der UNO Menschenrechtskommission Enrique Bernales Ballesteros nicht kennen würden, der bei seinem Besuch in Havanna deutlich gemacht hatte, dass es eindeutig erwiesen und von den Urhebern selbst zugegeben worden sei, dass die in Cuba ausgeführten terroristischen Aktionen im Auftrag der FNCA von ihrem Stammsitz in Miami Florida aus angezettelt,



aus angezettelt, vorbereitet und finanziert worden sind.

Die Haltung von Hunderten von mexikanischen Kongressabgeordneten haben es ermöglicht, die Bestrebungen der FNCA zu neutralisieren. Die Haltung der mexikanischen Parlamentarier und die Solidarität des Volkes haben die Neofaschisten dazu gezwungen ins Baltikum auszuwandern, heißt es in dem Artikel.

Der Autor teilt die Empörung und die Besorgnis der solidarischen Schweden, Dänen, Finnen und Norweger und hofft, dass sie sich in eine weltweite Besorgnis verwandelt.

Sie sprachen ihm gegenüber von der Notwendigkeit einen Aufruf zu machen und vor den Botschaften Estlands in Europa zu protestieren und hoffen, dass alle dabei helfen könnten, diese Einmischungen zu stoppen und die US-Regierung und ihre willfährigen Helfer auf allen möglichen Wegen anzuzeigen.

Man müsse sich fragen, ob Estland sich in ein neues Schlupfloch für Bushs terroristische Pläne gegen Cuba und Venezuela, verwandeln werde. Der Autor gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die estischen Parlamentarier sich so anständig wie ihre mexikanischen Kollegen verhalten werden und eine Untersuchung über die Finanziere dieses im terroristischen Umfeld stehenden Gipfels fordern werden.